

AKTUELLES AUS DEM DAAD-NETZWERK

JULI 2018

Polens Hochschulen auf Reformkurs



Dr. Klaudia Knabel leitet seit 2016 die DAAD-Außenstelle Warschau/Polen.

Während die polnische Justizreform in der ersten Jahreshälfte 2018 auch außerhalb der Landesgrenzen für Beachtung sorgte, passierte die Hochschulreform das Parlament knapp vor der Sommerpause nahezu unbemerkt von der internationalen und nationalen Öffentlichkeit. Die sogenannte „Verfassung für die Wissenschaft“ kam jedoch nicht unvorbereitet. Der zuständige Minister Jarosław Gowin hatte sein Gesetzesvorhaben schon im Frühherbst 2017 vorgestellt und das Inkrafttreten der Reform für Oktober 2018 angekündigt. Dem ersten Entwurf war ein einjähriger, breiter Konsultationsprozess vorausgegangen: Drei Expertenteams arbeiteten an Vorschlägen und Visionen für die künftigen Ziele, Strukturen und Funktionsweisen des Hochschulsystems. Parallel dazu diskutierte die Scientific Community in Rahmen von mehreren Konferenzen an unterschiedlichen Hochschulstandorten zentrale Aspekte des Hochschulwesens wie Finanzierung, Internationalisierung und Governance.

Das Projekt schien zunächst auf weitgehende Zustimmung zu stoßen, kurz vor der Debatte im Parlament übten jedoch Studierende, Wissenschaftler und Vertreter der Regierungspartei PiS scharfe Kritik. Minister Gowin schien zu fürchten, dass sein Vorzeigeprojekt im Sejm durchfallen könnte und machte zahlreiche Konzessionen. Im Ergebnis wurde das Reformprojekt deutlich modifiziert.

Worum geht es? Erklärtes Ziel der Reform war es, das polnische Wissenschaftssystem international wettbewerbsfähiger zu machen. Das neue Hochschulgesetz versprach u.a. die Internationalisierung des polnischen Wissenschaftssystems voranzutreiben, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu stärken, neue Karrierewege für Nachwuchswissenschaftler zu eröffnen sowie die wissenschaftliche Exzellenz in Forschung und Lehre zu erhöhen. Dies sollte u.a. durch eine Differenzierung der Hochschullandschaft und gezielte Förderung der verschiedenen Hochschultypen durch Wettbewerbsverfahren nach dem Vorbild der deutschen Exzellenzinitiative gelingen. Darüber hinaus wollte Gowin neue Evaluierungs- und Finanzierungsmodelle und Governancestrukturen einführen.

Der geplante Eingriff in die Steuerung der Hochschulen erzeugte besonders heftige Kritik. Die Reformpläne stärkten zum einen die Position des Rektors, dessen Entscheidungsbefugnisse bisher

durch das Selbstverwaltungsrecht der Fachbereiche eingeschränkt waren. Zum anderen führt sie ein neues Gremium ein, den Hochschulrat, der zum Teil mit universitätsexternen Mitgliedern besetzt sein soll. Kritiker aus der Scientific Community sahen die Autonomie der Hochschulen bedroht: Sie befürchteten, dass die womöglich politisch besetzten Hochschulräte massiv in das Management der Hochschulen eingreifen würden, und der Rektor – einem Autokraten gleich – die Geschicke der Hochschule lenken könnte, ohne die Belange der Mitarbeiter zu berücksichtigen. In Reaktion auf die Einwände wurde die Zahl der externen Mitglieder des Hochschulrats reduziert, seine Kompetenzen drastisch verändert, eine Beteiligung von Vertretern der Regierung oder der kommunalen Verwaltung ausgeschlossen. Die Position des Rektors hingegen blieb nach wie vor gestärkt.

Ein anderer Punkt verschwand ganz aus dem Gesetzesprojekt: Nachwuchswissenschaftler, die erfolgreich eine ERC-Förderung beantragt haben oder mit vergleichbaren Qualifikationen aus dem Ausland in das polnische System einsteigen wollen, sollten dies auch ohne Habilitation tun können. Mit der Streichung dieser Regelung entfällt ein potenzieller Anreiz für qualifizierte Wissenschaftler aus dem Ausland nach Polen zu kommen. Für Wissenschaftler, die im polnischen System ausgebildet worden sind, hätte die Aussicht auf eine Verkürzung des Karrierewegs einen zusätzlichen Impuls bedeutet, sich um europäische oder andere Drittmittel zu bewerben. Angesichts der ausgesprochen schwachen polnischen Bilanz im Wettbewerb um EU-Mittel ist dies sicher eine vertane Chance.

Auf breite Zustimmung stieß dagegen das Vorhaben, flächendeckend Doktorandenschulen einzuführen – mit Stipendien für alle Promotionskandidaten. Letzteres berührt einen wichtigen Punkt, nämlich den der Finanzierung der Reform. Gowin hatte in seinem Entwurf einen Anstieg der Ausgaben für Hochschulen und Forschung auf 1,8 Prozent des BIP bis 2025 vorgesehen. Das Finanzministerium sendet hierzu bislang jedoch negative Signale. Bisher ist klar, dass es im nächsten Jahr eine zusätzliche Finanzierung in Höhe von 166 Mio. Euro geben wird – weit weniger als vom Minister gewünscht. Akademische Beobachter kommen daher zu dem Schluss, dass der Erfolg der Reform ganz entscheidend von ihrer Finanzierung abhängen wird. Gelingt es dem Minister, Forschung und Lehre materiell besser auszustatten, würden von der Reform positive Impulse ausgehen. Sollte es bei einer symbolischen Budgeterhöhung bleiben, dann hätte die „Verfassung für die Wissenschaft“ sehr viel Unruhe ins System gebracht, ohne es entscheidend zu verbessern.

Das Gesetz stellt einige bedeutende Fragen, wie etwa die nach der Gesamtstruktur der Hochschule, in das Ermessen der Institutionen. Die Hochschulen sind derzeit aufgerufen, innerhalb eines Jahres neue Statuten zu erarbeiten. Für die Praxisbewertung der Reform

wird daher auch die Frage entscheidend sein, welche Zukunftsvision jede einzelne Hochschule entwickelt und wie sie diese umsetzt. Diese Aufgabe ist vermutlich für kleinere Hochschulen in der Provinz schwieriger zu lösen als für die führenden Institutionen in den Großstädten. Kleine, wissenschaftlich schwächere Hochschulen haben aufgrund neuer Bewertungs- und Finanzierungskriterien ein geringeres Haushaltsvolumen oder gar den Entzug des Habilitationsrechts zu befürchten und müssen dies bei ihren Planungen einkalkulieren. Der Gesamtprozess könnte eine wachsende Konzentration des Studienangebots auf einige starke Zentren wie Warschau, Krakau, Danzig, Posen, Breslau u.a. und seine Reduktion in der Provinz bringen. In einem Land, in dem die Schulabgänger traditionell und aus finanziellen Erwägungen nach heimatnahen Studienmöglichkeiten suchen, könnte dies die sozialen Unterschiede wachsen lassen.